

12.09.2017

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

zum Antrag der Fraktion der SPD „Stopp der Fusion von ThyssenKrupp Steel Europe und Tata – Alternativen für die Zukunft der Stahlindustrie in NRW suchen“ (Drucksache 17/511)

Stahlstandort Nordrhein-Westfalen stärken – Unternehmensentscheidungen respektieren

I. Ausgangslage

Die Stahlmärkte befinden sich global in einem Wandlungsprozess. Die Herausforderungen für die Stahlbranche sind groß: einerseits belasten weltweite Überkapazitäten die Hersteller und drücken die Preise. Vor allem in Fernost, aber insbesondere in der VR China, besteht ein Überangebot an Stahlprodukten, sodass durch staatliche Maßnahmen verbilligte Exporte auf den europäischen Markt drängen, die teilweise unter den Herstellungskosten angeboten werden. Andererseits stellen sich die aus der Energie- und Klimapolitik in Deutschland und der EU resultierenden Unsicherheiten als Schwierigkeit für die Stahlbranche dar.

Eine zentrale Stärke des Wirtschaftsstandortes Deutschland ist es, dass noch das gesamte Spektrum von Grundstoffindustrien zur Verfügung steht. Die Stahlindustrie spielt hierfür eine herausragende Rolle und ist als Werkstofflieferant von immenser Bedeutung für die Wertschöpfungsketten. Sie fungiert darüber hinaus als Innovationsmotor für die deutsche Industrie. Der Stahlstandort Nordrhein-Westfalen spielt dabei eine zentrale Rolle, denn mehr als die Hälfte der Beschäftigten in der Branche arbeiten in nordrhein-westfälischen Stahlwerken.

ThyssenKrupp ist ein bedeutendes Wirtschaftsunternehmen in Nordrhein-Westfalen, schreibt allerdings mit seiner Stahlsparte seit einigen Jahren rote Zahlen. Äußere Zwänge bedingen nun, dass ThyssenKrupp seit geraumer Zeit plant, die Stahlsparte zu konsolidieren. Die Konsolidierung erfolgt sukzessive und unter Einbeziehung des Betriebsrates. Letztlich handelt es sich dabei um eine unternehmerische Entscheidung, auf die die Landespolitik nur bedingt Einfluss nehmen kann und nehmen sollte.

Datum des Originals: 12.09.2017/Ausgegeben: 13.09.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

II. Handlungsbedarf

Der Landtag hält es für erforderlich, dass der von ThyssenKrupp angestrebte Konsolidierungsprozess sehr verantwortlich vorangetrieben wird. Kosteneinsparungen dürfen nicht über alles gehen. Die strategische Perspektive zur Unternehmenssicherung und der langfristige Erhalt von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen müssen hierbei im Vordergrund stehen. Dabei verbieten sich jedoch staatliche Interventionen in Unternehmensentscheidungen. Sie beschränken den Wettbewerb um die besten Lösungen und nehmen den Steuerzahler potenziell in Mithaftung. Die Verantwortung für den Erhalt der Standorte, von Beschäftigung und Wertschöpfungsketten liegt jedoch vornehmlich beim Konzern ThyssenKrupp.

Aufgabe der Politik ist in erster Linie, eine wirtschaftliche Dynamik durch wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen zu entfachen. Das hilft, den Stahlstandort in unserem Land wieder zu stärken. Der Anspruch der Landesregierung, die Interessen von Nordrhein-Westfalen wieder stärker im Bund und der EU zur Geltung zu bringen, wirkt in dieselbe Richtung.

Eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der deutschen Industrie ist deren Wettbewerbsfähigkeit. Insbesondere der Stahlstandort steht in Nordrhein-Westfalen in einem intensiven internationalen Wettbewerb, wobei insbesondere steigende Energiekosten zu einem bedrohlichen Standortfaktor geworden sind. Die Subventionierung von Neuanlagen durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat zu einer Mehrbelastung von Wirtschaft und Verbrauchern geführt. Zu staatlichen Eingriffen auf Grundlage des von SPD-Bundesumweltministerin initiierten Klimaschutzplans 2050 darf es nicht kommen. Um weitere Kostenanstiege zu verhindern, ist auf Bundesebene ein energiepolitischer Neustart erforderlich.

Die in den letzten Jahren gehemmte wirtschaftliche Entwicklung durch einseitige und unverhältnismäßige Belastungen einer dirigistischen Landespolitik hat die Wettbewerbssituation verschärft. Die eingeleitete Entfesselungsoffensive und der Neustart der Wirtschaftspolitik sind ein erster Schritt für eine Wende. Dazu gehört ein nachhaltiger Abbau von Bürokratie und Belastungen, die über nationale oder europäische Regelungen hinausgehen.

III. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest, dass der Industriestandort Nordrhein-Westfalen zu stärken ist, damit Wertschöpfungsketten und vor allem die mit ihnen verbundenen Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen erhalten bleiben. Entsprechend dieser Zielstellung begrüßt er die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik durch die Landesregierung.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung, den Stahlstandort Nordrhein-Westfalen durch eine wachstums- und innovationsfreundliche Industrie- und Energiepolitik, durch die vorhandene Arbeitsplätze gesichert und eine Beschäftigungsdynamik geschaffen werden, zu stärken.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Daniel Sieveke
Henning Rehbaum

und Fraktion

Christian Lindner
Christof Rasche
Dietmar Brockes
Ralph Bombis

und Fraktion